SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung

Dahrendorf, Ralf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Dahrendorf, R. (1969). Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung. In T. W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?: Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 88-99). Stuttgart: Ferdinand Enke. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-160777

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Ralf Dahrendorf

HERRSCHAFT, KLASSENVERHÄLTNIS UND SCHICHTUNG

Vorbemerkung: Der 16. Deutsche Soziologentag fand in einer Atmosphäre beträchtlicher politischer Erregung statt, die seine Diskussionen aus drei Gründen besonders prägte: Einmal hatte diese Erregung ihr Zentrum in den Universitäten der Bundesrepublik; zum zweiten waren und sind an ihren Ausdrucksformen Soziologen stärker beteiligt als Vertreter der meisten anderen Disziplinen; drittens stellten Universität und Soziologie in Frankfurt, dem Tagungsort des Soziologentages, einen der Kristallisationspunkte der Erregung dar. Die Veranstalter des Soziologentages trugen dieser Tatsache offen Rechnung durch eine Podiumsdiskussion außerhalb des Kongreßprogramms, deren Wortlaut daher in diesem Bande nicht veröffentlicht wird. Doch spielten die erregten und mindestens parasoziologischen Unterströmungen der wissenschaftlichen Diskussionen auch in das Tagungsprogramm selbst hinein. Sie waren für mich Anlaß, mein Referat zur Frage der Transformation des „klassischen" Klassenkampfes in neue, noch nicht ganz erkennbare und nur in Andeutungen beschreibbare Fronten des Konfliktes zu ersetzen durch eine ausführliche und stark polemische Diskussionsbemerkung. Diese Diskussionsbemerkung findet sich im folgenden in nur im Wortlaut hier und da veränderter Form. Zwei Anmerkungen zu dieser aus einer bestimmten Situation geborenen Bemerkung möchte ich jedoch machen.

Die erste Bemerkung betrifft das Referat, an das die Bemerkung zeitlich und zum Teil auch sachlich unmittelbar anknüpft. Sie läßt sich vielleicht am leichtesten in ein Zitat aus der erwähnten Podiumsdiskussion vom folgenden Tage fassen, in der ich sagte: „Ich muß allerdings sagen, und ich möchte das ausdrücklich sagen, daß ich mich im Verlauf der Diskussion gestern morgen und bei nachträglicher und wiederholter Lektüre des Referates, das gestern morgen vorgelegt worden ist [von den Herren Brandt, Offe u. a.], davon überzeugt habe, daß ich selbst das gestern morgen vorgelegte Referat erheblich unterschätzt habe. D. h. also, ich muß sagen, daß in der These von der Ersetzung der vertikalen Auseinandersetzungen zwischen Klassen mit den ihnen zugrunde liegenden Positionsunterschieden im Sinne der Schichtung durch Auseinandersetzungen, die um horizontale Disparitäten gehen, wie sie aus der Wirtschaftsentwicklung hervorgehen können, sehr viel mehr steckt

als ich zum Zeitpunkt der gestrigen Diskussion darin gesehen habe." Die in der folgenden Diskussionsbemerkung versuchte Entgegnung bezieht sich also weniger auf den wissenschaftlichen Kern des vorgelegten Referats als auf einige seiner Untertöne – und weniger auf dieses Referat überhaupt als auf das Einleitungsreferat von Theodor W. Adorno und auf einige Diskussionsbemerkungen dazu.

Andererseits und zweitens aber bleibt diese Diskussionsbemerkung vor dem politisch-theoretischen Kern der Auseinandersetzungen auf dem 16. Deutschen Soziologentag stehen. Er ist, wie mir scheint, beinahe erkenntnistheoretischer Natur und betrifft eine Auseinandersetzung, die zwischen Kritik und kritischer Kritik (einschließlich der „Kritik der kritischen Kritik") vor 120 Jahren schon einmal geführt worden ist. Die Frage, um die es geht, ist die, wie genau wir wissen können, was ist, was sein wird und was sein soll. Daß wir alles dies nicht sehr genau wissen können, ist der Ausgangspunkt meiner eigenen Überlegungen – ein Ausgangspunkt, der zumindest praktisch keineswegs von allen deutschen Soziologen geteilt wird. Wenn aber einige Gewißheit für möglich halten, wenn sie gar diese zu haben vorgeben, dann müssen wissenschaftliche Auseinandersetzungen aufs neue eine Intensität gewinnen, die sie sonst in den letzten Jahren nicht hatten. Der folgende Diskussionsbeitrag ist ein Beleg dafür.

Schon die Art und Weise, in der Fragen gestellt werden, gehört zu den restriktiven Bedingungen einer Diskussion, auch einer Fachdiskussion. Das ist ein Gemeinplatz, von dem ich allerdings gestehen muß, daß ich mir darüber nicht ganz klar war, als ich zu diesem Kongreß kam. Zwar enthält schon das Thema „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?" eine Art der Fragestellung, die ich in dieser Form nicht formuliert hätte; aber die Weiterführung der Art dieser Fragestellung in dem Referat, das wir eben gehört haben, wie schon in dem Referat, das Herr Adorno gestern gehalten hat, macht die Ausgangslage einer Diskussion, wie wir sie hier führen wollen, noch sehr viel schwieriger. Ich bin unter diesen Umständen zu dem Schluß gekommen, statt eines Referates einige Fragen anzumerken, die mit meinen ursprünglichen Absichten nur recht wenig zu tun haben. Ich werde also nicht über die Entwicklung von Theorien der sozialen Schichtung in der internationalen Soziologie sprechen, nicht über die Frage, wie diese Entwicklung von funktionalen Theorien zu solchen der Herrschaftsstruktur der Schichtung geführt hat, wenngleich ich meine, daß diese Entwicklung wohl doch sehr viel höher einzuschätzen ist als das in den gelegentlichen Seitenbemerkungen über soziale Schichtung und ihre Erklärung in den beiden Referaten, auf die ich mich jetzt beziehe, geschehen ist.

Ich werde auch nicht über das mögliche Verhältnis zwischen Schichtungstheorien, Herrschaftstheorien und ökonomischen Theorien im

Bereich der Preistheorie oder Verteilungstheorie sprechen. Ich werde nicht darüber sprechen, wie ich die Entwicklung des sozialen Substrats moderner Politik sehe. Ich werde nicht über die Frage, die ich mir vorgenommen hatte, die Frage, ob wir das Ende des Parteienspiels erreicht haben, sprechen. Ich werde nicht über die Frage sprechen, welchen Einfluß die internationalen Beziehungen heute auf die Herrschaftssysteme einzelner Gesellschaften haben, über die Frage, was wir aus der Wissenschaft der internationalen Beziehungen, auch aus den internationalen Entwicklungen in der politischen Ökonomie über diese Dinge wissen. Ich werde schließlich nicht über die methodische Frage sprechen, welche Richtung des sozialen Wandels nun heute bestimmbar ist in Aussagen, die jenseits der Beliebigkeit liegen, in Aussagen, für die mehr vorzubringen ist als eine verlangte Evidenz. Ich möchte vielmehr ein paar Fragen, die mir beim Anhören der beiden Referate von Herrn Adorno und den Herren Brandt und anderen aufgetaucht sind, hier formulieren.

Sie werden es mir vielleicht nachsehen, wenn ich bei diesem Versuch darauf verzichte, die sehr abstrakte Diktion und auch den Neopessimismus der philosophischen Ökonomie, der in den Referaten nach meiner Meinung stark zum Ausdruck kommt, aufzunehmen. Ich möchte Fragen stellen, die unmittelbar diskutiert werden können, auch wenn nicht alle diese Fragen in den Referaten selbst zum Ausdruck gekommen sind.

1. Wenn mich nicht alles täuscht, steckt methodisch sowohl hinter dem Referat von Herrn Adorno, als auch hinter dem von Herrn Brandt und anderen, eine Auseinandersetzung, die uns alle heute intensiv beschäftigt, nämlich die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Theorie und Praxis. Die Frage ist, ob soziologische Analyse so vorgenommen werden kann, daß sie Ansätze zur Veränderung der Wirklichkeit schon enthält. Es hat aber den Anschein, als seien die Antworten, die man auf diese Frage geben kann, sehr unterschiedlich. Ich möchte insbesondere einmal jenen Ansatz in Frage stellen, der allzuoft, teils implizite, teils explizite, die Einheit, die dialektische Einheit von Theorie und Praxis betont. Dient nicht vielleicht die These der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis als subtiler Versuch der Blockierung des Weges zur Praxis? Es gibt Blütenträume von einer praktisch werdenden Theorie, von einer politisch werdenden Wissenschaft. Sind diese Blütenträume wirklich so praktisch und so politisch, wie sie zu sein vorgeben? Gibt es eigentlich in den Referaten, die wir gehört haben, irgendwelche Ansätze, die es uns erlauben, verändernd in die Wirklichkeit einzugreifen, in der wir leben? Ist nicht unter Umständen schon ein Bericht über eine empirische Forschung zur Stadtsanierung praktischer als der

Versuch einer Totalanalyse, die die Entwicklung der Gesellschaft mit dem Anspruch der Unausweichlichkeit umgibt? Ist das Verhältnis von Theorie und Praxis in der hier erörterten Form mehr als das Verhältnis zu einer Praxis, die nur die Organisation eines lokal geprägten Jargons der Eigentlichkeit ist? Muß nicht derjenige, der die Praxis will, etwas tun? Muß er nicht mindestens gewisse Wege dazu angeben, wie etwas getan werden kann?

In gewisser Weise, so scheint es mir, gehört eine ihrer Sache allzu sichere Analyse der Totalität unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu einer erstarrten Welt; sie verdoppelt diese erstarrte Welt. Sie ist eine Analyse, die die Ganz- oder Gar-nicht-Veränderung fordert, und wo die Ganz- oder Gar-nicht-Veränderung gefordert wird, tritt meist die Gar-nicht-Veränderung ein. Natürlich gibt es ein enges Verhältnis von Theorie und Praxis; aber ich würde dieses Verhältnis in ganz anderen Bereichen suchen. Ich würde es nämlich dort suchen, wo dasselbe Prinzip des Vorgehens, dasselbe Prinzip der Begründung von Behauptungen also und in diesem Sinne dieselbe Rationalität das, was wir im Verständnis unserer Gesellschaft betreiben, ebenso beherrscht wie das, was wir in der Veränderung unserer Gesellschaft betreiben. Die gemeinsame Rationalität von soziologischer Analyse und politischer Praxis zu fordern, ist ein Gedanke, den ich entschieden vertreten und auch begründen würde, der mir aber in der „politisch werdenden Wissenschaft", der „praktisch werdenden Theorie", in der „dialektischen Verschränkung" der beiden nur sehr unvollständig gefaßt zu sein scheint. Zumindest möchte ich die Frage stellen: Könnte es nicht sein, daß wir hier ein Verhältnis von Theorie und Praxis dargeboten bekommen haben, das uns den Weg zur Praxis eher versperrt?

2. Vielleicht ist auch meine zweite Bemerkung noch methodischer Art. In dem Referat, das wir eben gehört haben, steht der Satz: „Als entscheidende sozio-ökonomische Bedingungen des politischen Strukturwandels haben Veränderungen der Wirtschaftsstruktur zu gelten, und hier vor allem die Ausbildung von Großunternehmungen im Wege der Kapitalkonzentration." Wenn man den Satz wörtlich nimmt, ist er zunächst einmal fast tautologisch, auch wenn er nicht so gemeint sein mag. Denn zunächst einmal sagt der Satz, daß als entscheidende ökonomische Bedingung des politischen Strukturwandels ökonomische Veränderungen zu gelten haben. Dem zuzustimmen ist leicht. Ich will aber einmal vermuten, daß der Satz so zu verstehen ist, daß als entscheidende Bedingungen des politischen Strukturwandels ökonomische Veränderungen zu gelten haben, wobei vor allem die Ausbildung von Groß-

unternehmungen im Wege der Kapitalkonzentration zu berücksichtigen ist. „Haben zu gelten" – das ist in meiner Sprache eine dogmatische Aussage. Ich möchte gerne erst noch einmal prüfen, ob man wirklich in dieser Form sagen kann: Veränderungen der Wirtschaftsstruktur haben als entscheidende sozio-ökonomische Bedingungen des politischen Strukturwandels zu gelten. Ist die These vom entscheidenden und objektiven Charakter in diesem Sinne zwangsläufiger, wirtschaftlicher Prozesse gegenüber dem weniger entscheidenden, weniger handfesten, offenbar subjektiven Charakter anderer Prozesse wirklich hinlänglich belegt und begründet, um sie so einfach hinzunehmen? Ich habe besonders aufmerksam in dem Referat von Herrn Adorno die Verwendung der Begriffe „objektiv" und „subjektiv" verfolgt. Ich weiß natürlich, daß Herr Adorno diese Begriffe unter keinen Umständen leichtfertig verwendet. Dennoch gab es eine Reihe von Punkten, an denen all das als „objektiv" bezeichnet wurde, was wirtschaftliche oder sozio-ökonomische Verhältnisse betrifft, daß dagegen all das als „subjektiv" bezeichnet und als weniger wichtig beiseite geschoben wurde, was nicht unmittelbar sozio-ökonomische Verhältnisse betrifft. Ist also die Behinderung von Arbeiterkindern an der Gymnasialausbildung und am Studium „objektiv", wenn sie wirtschaftliche, wenn sie finanzielle Ursachen, wenn sie Ursachen in der Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß hat? Ist sie „subjektiv", wenn sie Ursachen in der Bildungsferne, in der unterschiedlichen sprachlichen Entwicklung verschiedener sozialer Gruppen, in bestimmten Eigentümlichkeiten eines überlieferten Bildungskanons und einer überlieferten Lehrerbildung hat?

Ist diese Art der Unterscheidung zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen politischer Prozesse nützlich? Ist sie nützlich für das Verständnis der Phänomene, die wir beobachten? Ist sie nützlich für die Veränderung der Phänomene, die wir beobachten? Sind nicht menschliche Lebenschancen durch sehr vielfältige Einflüsse geprägt? Müßte man nicht die These des Referats von Herrn Brandt und anderen, daß das Verhältnis zwischen ökonomischen und sozialen Bedingungen komplizierter ist als es in so eindeutigen Bemerkungen herauskommt, sehr viel ernster nehmen? Wäre es also nicht sinnvoll, die Wechselwirkungen zwischen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einmal zu prüfen? Wäre es nicht zum Beispiel auch durchaus sinnvoll, einmal zu fragen, inwiefern eine Politik des Wirtschaftswachstums an bestimmten traditionalen sozialen Gegebenheiten scheitern kann? Wäre es daher nicht sinnvoll zu prüfen, welche Möglichkeiten der Einwirkung in diese verlästerten subjektiven Bereiche es gibt, die vielleicht, wenn man sie

genau betrachtet, mindestens so handfest sind wie die durch das Wort „objektiv" als handfester dargestellten oder angedeuteten Bereiche? Dies sind Fragen, die ich zumindest gerne erörtert sähe und bei denen ich daher nicht in der Lage bin, es von vornherein hinzunehmen, daß hier die Entscheidung schon gefallen ist und daß wir schon genau wissen, wo die handfesten Grundlagen der Entwicklung und wo nur die abgeleiteten Folgen liegen.

3. Es ist ein Kennzeichen sowohl des Referats von Herrn Adorno, als auch des Referats von Herrn Brandt und anderen, daß man darin eine große Zurückhaltung im Hinblick auf die zukünftigen Möglichkeiten sozialer und politischer Entwicklung findet. Die Zurückhaltung ist gelegentlich so groß, daß ich mir die Frage stelle: Gibt es hier überhaupt ein Bild einer solchen zukünftigen Entwicklung? Gibt es nicht nur ein neopessimistisches Bild gewisser historischer Zwangsläufigkeiten, sondern auch ein Bild wünschenswerter und vorgestellter zukünftiger Entwicklungen? Versucht man indes diese Referate einmal gleichsam über sich selbst hinaus zu verlängern, dann taucht ein Gedanke auf, den zu diskutieren mir im Zusammenhang unseres Themas fast wichtiger scheint als die Diskussion vieler Einzelanalysen. Versucht man durch die Referate hindurchzugehen, dann taucht ja irgendwo der für unsere Zeit wie für uns als Soziologen so wichtige Gedanke einer Gesellschaft reduzierter, wenn nicht beseitigter Herrschaft auf. Dies ist sehr viel ausdrücklicher formuliert bei denen, die heute über die Analyse hinaus praktisch zu werden versuchen, also etwa bei den Studenten, die ihre Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft demonstrativ anmelden. Es ist die Wiederkehr des Gedankens der Herrschaftslosigkeit. Dabei hat mich interessiert, daß an einer Stelle des Referates, das wir eben gehört haben, das Wort „anarchisch" mit negativem Beigeschmack verwendet und außerdem unmittelbar zusammengestellt wurde mit dem der Naturwüchsigkeit. Ich hatte mir eigentlich vorgestellt, daß der Gedanke der herrschaftslosen Gesellschaft, der hinter manchen kritischen Analysen der modernen Gesellschaft zu stecken scheint, gerade nicht der Gedanke einer naturwüchsigen, sondern der einer von Menschen geschaffenen Gesellschaft, und zwar in durchaus positiv bewertetem Sinne, ist. Die Frage nun, die zu diskutieren ich empfehlen möchte ist: Gibt es angebbare Bedingungen und angebbare Gruppen, wo dieser Gedanke der Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen auftaucht? Wo liegt also die Erklärung für den Sachverhalt, daß dieser alte, aber für längere Zeit doch wohl schlafende Gedanke nun gerade bei uns zulande bei wichtigen Gruppen wieder aufgetaucht ist? Welche

soziologischen Erklärungen haben wir für die Wiederkehr des Traums der Anarchie anzubieten?

Es wäre ja leicht, Erklärungen anzubieten, wenn die Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaft selbst so durchsichtig wären, daß man eindeutig und fraglos auf bestimmte herrschende Gruppen zeigen könnte. Aber sie sind es nicht. Und es hat auch noch niemand einen Ersatz für diese herrschenden Gruppen, auf die man eindeutig zeigen kann, gefunden. „Entscheidend neu", heißt es in dem Referat von Herrn Brandt und anderen, „an dieser Struktur ist, daß nicht mehr das politisch artikulierte und kanalisierte Interesse einer herrschenden Klasse, geschweige denn irgendeiner anderen Instanz, den konkreten Gehalt staatlicher Entscheidungen determiniert, sondern daß die in den Mechanismus privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung auf hochorganisierten Märkten eingebauten, aber manipulierbaren Stabilitätsrisiken diejenigen präventiven Handlungen und Maßnahmen vorzeichnen, die akzeptiert werden müssen, solange sie mit dem bestehenden politischen Legitimationsangebot irgend in Einklang zu bringen sind". Ist das schon eine Kausalerklärung der Wiederkehr des alten Gedankens der Herrschaftslosigkeit oder ist es vielleicht eher ein Ausweichen vor solcher Erklärung? Ist es also ein Ausweichen vor dem Versuch, die Quellen der Erstarrung in Gesellschaften zu finden, die keine eindeutigen herrschenden Klassen haben? Denn in der Analyse stimme ich mit Herrn Brandt und Kollegen überein; das Fehlen einer eindeutigen herrschenden Klasse bedeutet nicht, daß man nicht doch Gruppierungen aufzeigen und benennen könnte, die ein Interesse an bestimmten wirtschafts- und außenpolitischen Entscheidungen oder Nichtentscheidungen haben. Aber haben wir schon eine Antwort auf die Frage? Und noch etwas möchte ich fragen: Geschieht es nicht gelegentlich gerade bei uns zulande, vielleicht auch sonst in westlichen Gesellschaften, daß bei dem Versuch, die Quellen der Unruhe und der Wiederkehr des Wunsches nach Herrschaftslosigkeit zu identifizieren, primäre und sekundäre Repressionen verwechselt werden? Geschieht es nicht gelegentlich, wobei ich mich selbst gar nicht ausnehmen will, daß die Rollenstrukturen aller Gesellschaften selbst verantwortlich gemacht werden für den Wunsch nach einer Form gesellschaftlicher Organisation, in der die Herrschaft von Menschen über Menschen beseitigt ist? Und ist nicht dieses Ausweichen auf die Rollenstrukturen selbst auch wieder eine Form jener praxis-verbietenden Theorie, die uns im Grunde zur Ohnmacht und nicht zum Handeln drängt? Ist es also schon gelungen, jene Unterdrückungsformen überzeugend zu lösen, die wir in Vokabeln wie „faschistisch", oder auch

„manipuliert" oder „repressiv", oder wie immer sie heißen mögen, keineswegs zu Unrecht, aber doch höchst ungenau bezeichnet haben?

4. Ich möchte gerade diesem Gedanken noch einen Augenblick nachgehen, und zwar vor allem für die nicht-sozialistischen Gesellschaften. Herr Brandt und andere haben die Diskussion innerhalb der politischen Soziologie in außerordentlicher Verkürzung dargestellt. Ich will gar nicht im einzelnen auf die Behauptung eingehen, daß der Zentralpunkt der politisch-soziologischen Analyse etwa darin läge, daß die Parlamente ihre Funktionen an Bürokratien oder Fraktionen oder Interessengruppen abgegeben hätten. Ich möchte aber die Frage stellen: Warum hat sich eigentlich herausgestellt, daß der demokratische Klassenkampf nicht die bleibende Form der sozialen Substruktur moderner Politik zu sein scheint? Welche Ursachen sind eigentlich dafür verantwortlich, daß jene Hoffnungen, die wir deutlich vertreten finden bei viel gelesenen politischen Soziologen wie Lipset oder Aron, sich als falsch herausgestellt haben? Es steckt ja hinter der politisch-soziologischen Gesamtanalyse moderner Gesellschaften eine ganz bestimmte Vorstellung ihrer Sozialgeschichte. Dies ist die Vorstellung, daß zunächst eine Phase des Klassenkampfes zwischen Privilegierten und um Bürgerrechte Kämpfenden das soziale und wirtschaftliche Substrat der politischen Auseinandersetzung war. Zu dieser Zeit waren die Institutionen der parlamentarischen Demokratie möglicherweise angemessene Formen des Ausdrucks der politischen Auseinandersetzung. Diese Phase aber – so will es die noch immer gängige Meinung der politischen Soziologie, wie sie in Vorlesungen in der ganzen Welt dargeboten wird – hört auf mit der abnehmenden Intensität des Klassenkampfes im traditionellen Sinne. Auf sie folgt eine neuartige Form politischer Auseinandersetzung, nämlich der ritualisierte Klassenkampf. Der demokratische Klassenkampf, im Sinne von Lipset ist ja nichts anderes als ein ritualisierter Klassenkampf, ein Klassenkampf ohne erkennbare Intensität des sozialen Substrats der Politik. Hier tauchen dann die bekannten Vorstellungen auf von den Parteien, die sich immer ähnlicher werden, von den austauschbaren Parteiprogrammen, von dem reinen Machtwechsel, von der Formalisierung der Politik, von der Möglichkeit, durch eine stark formalisierte Politik auf lange Sicht die gesellschaftlichen Konflikte zu kanalisieren. Eben diese Vorstellungen aber stimmen offenkundig, wenn uns nicht alle Beobachtungen in Europa und der übrigen Welt täuschen, nicht oder nicht mehr. Es ist also nicht mehr richtig, daß der ritualisierte Klassenkampf mit den sich gleichwerdenden Parteien in der Lage ist, die vorhandenen politischen Probleme zu lösen oder auch nur die gegebenen sozialen Inter-

essengegensätze sinnvoll zu kanalisieren. Sind wir ganz sicher, daß es nicht neuartige und doch auf soziale Gruppen bezogene Interessengegensätze gibt, die sich in unserer Gesellschaft entwickeln? Sind wir ganz sicher, daß wir nicht am Ende – ich verwende dieses Wort sehr ungern, weil es an die Grenze der Unbeweisbarkeit kommt – eines relativ kurzen Übergangszustandes politischer Organisation und sozialer Interessenbildung sind? Gibt es nicht unter Umständen ein positionsbedingtes Interesse an Formierung, ein positionsbedingtes Interesse an einer straffen und dem Einzelnen vergleichsweise wenig Wahlchancen gebenden politischen und sozialen Organisation? Gibt es nicht unter Umständen ein anderes Interesse an Unabhängigkeit, nicht nur bei denen, die zum Schluß des Referates von Herrn Brandt und anderen angesprochen wurden? Müßten wir uns nicht doch etwas genauer fragen, ob wir vielleicht erst am Anfang eines Klassenkampfes zwischen dem Interesse an faschistischer und dem Interesse an nicht-faschistischer Organisation stehen? Reicht hier der Gedanke einer Disparität der Lebensbereiche zu? Sind also wirklich jene Auseinandersetzungen, die sich um Herrschaftsstrukturen und Herrschaftsvorstellungen entwickeln, für alle Zeiten zu Ende? Müssen wir wirklich umdenken in unserem Verständnis der sozialen Bedingungen der Politik? Oder müssen wir nicht vielleicht nur neue soziale Bedingungen der Politik in unserer Gesellschaft aufsuchen; Bedingungen, die unter Umständen jenseits des Produktionsprozesses ihre soziale Interessengrundlage haben?

5. Ich sprach von dem Gedanken der Herrschaftslosigkeit, der unter bestimmten politischen Bedingungen auftaucht und wiederzukehren scheint. Im Zusammenhang mit diesem Gedanken sind noch weitere, andere Fragen zu stellen: Hat nicht dieser Gedanke der Herrschaftslosigkeit, wie er unter bestimmten sozialen und politischen Bedingungen auftaucht, sowohl die Kraft als auch die Schwäche der Utopie? Hat nicht der Gedanke der Herrschaftslosigkeit von Gesellschaften die Kraft der Utopie in dem Sinne, daß er als die absolute Negation der bestehenden Verhältnisse, vielleicht sogar der möglichen Verhältnisse, diese bis zu einem gewissen Grade aufzubrechen vermag? Gibt es andererseits wirklich Beispiele dafür, daß diese Herrschaftslosigkeit verwirklicht worden ist? Sollten wir nicht vielleicht auch im Zusammenhang unserer Diskussionen hier uns die Beispiele, die vorgebracht werden, etwas genauer ansehen? Sollten wir nicht vielleicht im einzelnen über die „Tribes Without Rulers" sprechen? Sollten wir nicht vielleicht über die Beispiele des republikanischen Spaniens, Jugoslawiens, Kubas und andere, die gerne herangezogen werden, wenn von Herrschaftslosigkeit

in modernen Gesellschaften die Rede ist, im einzelnen hier sprechen? Und könnte es nicht sein, daß sich dabei herausstellt, daß alle diese Beispiele uns nur gewisse Möglichkeiten der Dezentralisierung in sozialen Teilbereichen, umfangen von vergleichsweise autoritären politischen Strukturen darbieten?

Ich habe nicht die Absicht, an der These von der Universalität der Herrschaft, wie ich sie selbst formuliert habe, uneingeschränkt festzuhalten. Denn ich habe mich nicht zuletzt durch die Diskussion mit Herrn Sigrist überzeugen lassen, daß der Versuch zu behaupten, Herrschaft sei unter allen gesellschaftlichen Bedingungen unausweichlich, zu einer jener Gesetzlichkeiten gehört, mit denen man nicht sehr viel anfangen kann. Hier haben wir es auch mit der Analyse einer jener Gesetzlichkeiten zu tun, die in die Nähe einer funktionalistischen Analyse führen, mit der wenig auszurichten ist, wenn wir zu realen gesellschaftlichen Verhältnissen kommen. So gibt es insbesondere keine empirischen Widerlegungsmöglichkeiten der Behauptung, daß Veränderungen im menschlichen Bewußtsein möglich wären, die die historischen Beispiele gleichgültig machen für unser Verständnis der Möglichkeiten von morgen. Dennoch sind diese historischen Beispiele von Bedeutung, insbesondere dann, wenn wir eine Theorie wollen, die in die Praxis führt, wenn wir es also nicht dabei belassen wollen, Analysen von Unausweichlichkeiten zu liefern.

6. Man kann aber die These von der Herrschaftslosigkeit in einer Weise verlagern, die eine neue Antwort ermöglicht; eine Antwort, die wirklich in die Praxis hineinführt; eine Antwort, die ich allerdings wieder, weil ich meiner Sache keineswegs so sicher bin, als Frage formulieren möchte. Ist es eigentlich wünschenswert, daß jede Herrschaft von Menschen über Menschen abgeschafft wird? Könnte es nicht sein, daß Herrschaft in menschlichen Gesellschaften eine bedeutende Produktivkraft ist, die zwar gebändigt werden muß, aber auch Veränderungen erlaubt? Könnte es nicht sein, daß der zugrunde liegende Blütentraum von der herrschaftslosen Gesellschaft gerade den Grund dafür abgibt, warum einige der Analysen, die wir gehört haben, den Weg in die Praxis so schwer machen, wenn nicht versperren?

Nehmen wir einmal an, wir wüßten, daß Herrschaftsverhältnisse unter anderem dafür verantwortlich sind, daß es gesellschaftliche Konflikte gibt. Ist nicht das Vorhandensein solcher Auseinandersetzungen eine sinnvolle Antwort auf die Ungewißheit, in der wir leben? Sollten wir nicht die Fortsetzung dieser Möglichkeit wünschen? Ist nicht die Vorstellung einer Gesellschaft ohne jede Herrschaft von Menschen über

Menschen bereits die Vorstellung einer Gesellschaft, die keiner Veränderung mehr bedarf, weil sie keiner Konflikte bedarf? Und können wir wirklich meinen, daß irgend jemand eine solche Gesellschaft auch nur in der Vorstellung zu erfinden vermag? Liegen also nicht unter Umständen in Herrschaftsverhältnissen Möglichkeiten des Wandels, die auch Möglichkeiten der Erweiterung von Lebenschancen sind?

Nehmen wir einmal an, wir wüßten, daß Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind für das Vorhandensein von Ungleichheiten von der Form der sozialen Schichtung. Nehmen wir also an, wir wüßten, daß die Sanktionierung unterschiedlichen Verhaltens dazu führt, daß Menschen mit unterschiedlichen Lebenschancen ausgestattet sind. Ist die Unterschiedlichkeit der Lebenschancen als solche schon ein Anlaß zur Kritik? Ist also die Unterschiedlichkeit der Lebenschancen einschließlich der Unterschiedlichkeit der Einkommen und der übrigen Statusstrukturen als solche schon ein Grund, um an Gesellschaften und ihren Möglichkeiten zu zweifeln? Hat man wirklich viel gesagt, wenn man sagt, daß die Einkommensunterschiede sich gleichgeblieben sind? Hat man damit eine sinnvolle Aussage gemacht über die Entwicklungen der modernen Gesellschaft? Die Frage ist doch: Wie verändern wir Verhältnisse, deren Mißlichkeit wir sehen? Und die Antwort auf diese Frage ist zumindest zum Teil: durch Initiative. Wie aber soll diese Initiative zustandekommen, und wie soll sie kontrolliert werden? Dies sind die Fragen, die ich an die moderne Gesellschaft richten würde im Interesse einer praktisch werdenden Theorie. Und hier beginnen dann die Probleme, von denen ich meinen würde, daß auch ein Fachkongreß sie beantworten kann. Wie soll denn die Rekrutierung politischer Führer aussehen? Welche Parteienstrukturen versprechen Initiative in der modernen Gesellschaft? Sollen unsere Parlamente die Ausgaben der Regierungen im einzelnen beraten? Gibt es ein sinnvolles, gibt es ein sinnloses Verhältnis von Beratung und Entscheidung in modernen Gesellschaften? Welche Art der Forschungspolitik ist eigentlich sinnvoll und nötig, um in modernem Sinn Entscheidungen zu treffen und moderne Entscheidungsstrukturen zu begründen? Welche soziale Relevanz haben die „Federalist Papers" für moderne europäische Gesellschaften und ihre politischen Strukturen? Wie steht es mit den sozialen Grundlagen der Gewaltenteilung in der modernen Gesellschaft? Welche Möglichkeiten der Dezentralisierung gibt es in Gesellschaften, in denen marktartige Strukturen nur noch sehr bedingt und in bestimmten Grenzbereichen eindeutig funktionieren? Aber hier, wo es wirklich praktisch wird, hört leider eine Fachdiskussion auf, deren Politik im wesentlichen magische Politik ist.

7. Ich bin mit meinen Kritikern darin völlig einig, daß wir das Verhältnis von Wissenschaft und Werturteil neu durchdenken müssen. Ich finde auch, wir sollten klarlegen, mit welchen Maßstäben menschlicher und gesellschaftlicher Möglichkeiten wir unsere Analysen bestehender Verhältnisse messen. Es gibt solche Maßstäbe; aber erst wenn wir über sie selbst sprechen, wird die Analyse der Entwicklungen unserer Gesellschaft und ihrer Möglichkeiten klar. Worum geht es denn in sozialen und politischen Entwicklungen? Es geht, so scheint mir, um die Frage der Erweiterung menschlicher Lebenschancen. „Lebenschance" ist ein wohl unterschätzter Begriff von Max Weber, ein Begriff, über den nicht so viel reflektiert worden ist, wie man darüber hätte reflektieren können, obgleich er uns neue Zugänge eröffnen kann zu beinahe versperrten Bereichen der Forschung, einschließlich dem leider durch eine fachlich nicht sehr befriedigende Tradition versperrten Bereich der Erforschung sozialer Mobilität. Wenn wir diesen Begriff der Lebenschancen aber nicht nur als Instrument zur Erforschung von Schichtung und Mobilität verwenden, sondern auch als Maßstab unserer Analyse, dann werden ja wohl doch erhebliche Unterschiede zwischen den Gesellschaften des kapitalistischen 19. und frühen 20. Jahrhundert und der Gegenwart deutlich. Es ist eben etwas anderes, wenn die einen Kaviar und die anderen Heringe essen, als wenn die einen Kaviar und die anderen gar nichts essen. Die Frage, die wir stellen müssen, ist: Durch welche Bedingungen werden menschliche Lebenschancen auch dann noch eingeschränkt, wenn gewisse Grundvoraussetzungen solcher Chancen durch Verfassungen und soziale Entwicklungen gewährt sind? Wo liegen also die Gefährdungen menschlicher Lebenschancen in unserer Gesellschaft? Wo liegen daher die Ansatzpunkte der Veränderung konkret? Vollbeschäftigung gibt Wahlmöglichkeiten, und diese Wahlmöglichkeiten, also diese Erweiterung der Lebenschancen macht vielleicht ihren wesentlichen Sinn aus. Kann sie aufrechterhalten werden? Wenn ja, wie und mit welchen Kosten? Wie können wir dafür sorgen, daß die Wahlmöglichkeiten und in diesem Sinne die Lebenschancen des Einzelnen im Bereich der Bildung steigen? Was ist zu tun in dem Bereich, in dem der Einzelne wohnt, im Städtebau also und in der Frage der Raumordnung? Wie können wir die Lebenschancen des Einzelnen offenhalten in der Teilnahme am politischen Prozeß?

Fragen dieser Art würden uns nach meiner Meinung zu Antworten führen, die uns der Praxis sehr viel näher bringen als eine noch so verlockende Totalanalyse jemals kann.